

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,30 Mk. von 2—4 Uhr. Arbeitsmarkt u. Wohnungangelegenheiten 1,20 Mk. Die 4-spaltige Reklameweile 1.— Mk. von 2—4 Uhr. Bei Wiederholung Rabatt. Ausnahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 2990.

Nr. 17

Freitag, den 21. Januar 1921

12. Jahrgang

Das Optionsrecht der Danziger Deutschen.

Die Danziger Optionsfrage im deutschen Reichstag.

Im deutschen Reichstag fand gestern die Beratung des Beschlusses betreffend den Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Danzig über die Regelung der Optionsfrage statt. In der ersten Lesung machte der Abg. von Remmich (Dsch. Sp.) folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Gegen diesen einfachen Gesetzesentwurf bestehen keine Bedenken, aber ich knüpfe an die Bestimmung des Artikels 106 des Friedensvertrages einen Wunsch: Dieser schreibt vor, daß die Danziger, welche von der Option Gebrauch machen, innerhalb von 12 Monaten ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen müssen. Ich wünsche, daß davon möglichst wenige Danziger Gebrauch machen. Wir würden gewiß diese Brüder und Schwestern gerne aufnehmen, aber der gemeinsamen deutschen Sache wird mehr gedient, wenn sie auf ihrem Platz in Danzig bleiben. Es mag ihnen zwar schmerzhaft sein, nicht mehr Reichsdeutsche sein zu sollen. Aber ihre Lage ist leichter als die der Deutschen in Westpreußen und Polen, die den Bedrückungen der Polen ausgesetzt sind. Die Danziger sollen dazu beitragen, daß die alte Stadt Danzig ihren deutschen Charakter behält. Der Vertrag von Versailles ist unmöglich und unerfüllbar. Es muß ein besserer Ausgleich gefunden werden. Die Brücke nach Ostpreußen, die nach der großen Frieden gebaut hat, muß für ein neues Preußen erhalten bleiben.

Damit schließt die erste Beratung.

In der weiteren Besprechung verlangt der Abg. Schulz-Bromberg (Dnalk.) auch eine beschleunigte Regelung des Optionsrechts für die aus Pommern nach Deutschland zurückgewanderten Deutschen, die staatsrechtlich durch die Abtretung Polen geworden sind, damit sie noch bei den preussischen Landtagswahlen wahlberechtigt werden. Von Regierungsseite wird erklärt, daß zwar Polen eine selbständige Regelung der Optionsfrage vorgenommen habe, daß dies jedoch für Deutschland nicht angängig sei, um neue Verwicklungen zu vermeiden. Es werde vielmehr augenblicklich eine Regelung in Paris angestrebt, deren Ausgang noch nicht vorausgesehen werden könne.

Die Vorlage wird darauf in zweiter und sofortiger dritter Lesung genehmigt.

Das Ende der Danziger Demokraten.

Danzig, 21. Jan. Die Deutschdemokratische Partei und die Freie Wirtschaftliche Vereinigung im Freistaat Danzig haben sich zu einer neuen Partei mit dem Namen „Deutsche Partei für Fortschritt und Wirtschaft“ zusammengeschlossen. Die neue Partei will in erster Linie eintreten für die Erhaltung der deutschen Kultur in Danzig und für den Aufbau des Wirtschaftslebens im Freistaat. (Wir werden auf diesen Vorgang morgen ausführlich zurückkommen. D. Red.)

Noch keine Einigung über den Präsidenten des Verwaltungsrats für den Danziger Hafen.

Genf, 20. Jan. Der Völkerbundrat ist ersucht worden, den Präsidenten des Verwaltungsrates für den Hafen und die Wasserwege Danzigs zu bezeichnen, da eine Einigung über dessen Persönlichkeit zwischen den Kommissaren Polens und Danzigs, die den Verwaltungsrat bilden, nicht zustande gekommen ist.

Die Regelung der deutschen Wiedergutmachung.

Paris, 20. Jan. Bertinog tritt in einem Artikel des „Echo de Paris“ mit, daß die Brüsseler Sachverständigen der Alliierten am 18. Januar in der Reparationsfrage ihre Beschlüsse dem Obersten Räte mitgeteilt haben. Sie versprechen darin, von Deutschland fünf Jahreszahlungen von drei Milliarden Goldmark zu verlangen, die teils in bar, teils in natura bezahlt werden sollen. Die Festsetzung der deutschen Schuld bis zum 1. Mai 1921 findet nicht statt. Die Deutschen sollen gewisse Konzessionen erhalten. So sollen ihnen die 300 000 Tonnen Handelschiffraum, die sie den Alliierten noch schulden, erlassen werden. Ob die Kosten der Okkupationsarmee, die nicht mehr als 24 Millionen Goldmark betragen dürfen, in die Jahreszahlungen verrecknet werden, steht noch nicht fest. Für den Fall, daß Deutschland sein Wort nicht hält, sind Sanktionen vorgesehen, Beschlagnahme der Zölle, Beschlagnahme oder Einrichtung verschiedener Monopole, wie z. B. des Salzmonopols. Verbod über non habe herabgehoben, daß, wenn die deutsche Schuld

nicht endgültig bis zum 1. Mai festgesetzt sei, man in Widerspruch mit dem Friedensvertrag von Versailles komme. Diese Abänderung des Friedensvertrages müsse die Zustimmung der anderen Länder, in erster Linie Deutschlands, erhalten. Ueber die Verhandlungen mit Bergmann teilt Bertinog noch mit, daß dieser ganz deutlich erklärt habe, er nehme die Jahreszahlungen an, aber nur in Höhe von zwei Milliarden Goldmark jährlich, wobei die Barzahlungen nicht mehr als 500 Millionen betragen dürften. Außerdem habe er noch allerhand Zugeständnisse verlangt. Die alliierten Sachverständigen hätten sich daraufhin entschlossen, ihr Programm festzusetzen, ohne weiter den Versuch zu machen, mit den Deutschen zu einem Einverständnis zu kommen. Bertinog bekämpft das Programm der Alliierten und tritt wieder für die Pauschalsumme ein.

Paris, 20. Jan. Staatssekretär Bergmann erklärt: Die Meldung des „Echo de Paris“, er sei mit Jahreszahlungen in Höhe von zwei Milliarden einverstanden, trifft nicht zu.

Berlin, 20. Jan. Am 18. d. Mts. abends hat der französische Ministerpräsident Briand den deutschen Botschafter in Paris ausgesucht und mit ihm die Frage der Beziehungen Frankreichs zu Deutschland und die der Reparation besprochen. Der Botschafter hat bei dieser Gelegenheit ausgeführt, daß Deutschland bisher immer daran festgehalten habe, daß seine Gesamtschuld festgesetzt werden müsse. Dieses hätte auch für Frankreich den Vorteil gehabt, daß man auf der Grundlage einer Regelung des ganzen Reparationsproblems leichter zu einer internationalen Anleihe gelangen könne. Wenn man eine Lösung nur für etwa fünf Jahre treffe, so sei dies insofern mißlich, als das deutsche Volk dann noch immer kein Ende absehe und fürchten würde, um so mehr zahlen zu müssen, je mehr es arbeite. Trotzdem habe die deutsche Regierung sich auf Wunsch der Gegenseite unter gewissen Voraussetzungen, die in Brüssel zur Kenntnis der Alliierten gebracht worden sind, bereit erklärt, über eine Lösung des Problems zunächst nur auf eine Reihe von Jahren zu verhandeln. Der Botschafter betonte, daß Deutschland nach seiner Ansicht nicht imstande sein werde, in den nächsten Jahren einschließlich der Kohlenlieferung mehr als einen Teil der von uns verlangten Summe und anders als in natura zu leisten. Ministerpräsident Briand gab darauf seiner Hoffnung Ausdruck, in der Reparationsfrage bald eine Verständigung zu finden.

Paris, 20. Jan. Wie die Morgenblätter melden, hat sich der Wiederaufbaukongress dafür ausgesprochen, daß Deutschland jährlich für eine Milliarde Materialien zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete liefere. Der Kongress hat sich aber gegen die Zulassung deutscher Arbeiter nach Frankreich ausgesprochen.

Genf, 20. Jan. Wie dem „Progrès“ aus Paris gemeldet wird, haben sich die französische und die englische Regierung neuerdings dahin geeinigt, der am Montag in Paris zusammen tretenden Entente-Konferenz eine internationale Hilfsaktion zugunsten Oesterreichs vorzuschlagen. Die Durchführung des Planes, der in einer Kreditbeschaffung von nicht weniger als 250 Millionen Dollar bestehe, werde jedoch in letzter Linie von der Teilnahme der Vereinigten Staaten abhängen.

Eine kommunistische Putschorganisation im Ruhrgebiet unschädlich gemacht.

Amlich, Berlin, 20. Jan. (W. T. B.) Gestern vormittag wurden sieben Führer der kommunistischen Kampforganisation in Westdeutschland festgenommen, unter ihnen der wegen seiner kommunistischen Tätigkeit bekannte Bergmann Schröder. Bei den Durchsuchungen wurde reiches Material über die Bildung einer roten Armee in Westdeutschland gefunden. Die Organisation baute sich in Bezirken, Unterbezirken und Ortsstäben unter einer roten Armee in Westdeutschland auf. Die Organisationspapiere und aus dem Gesandnis des Schröder ist festgestellt, daß der Plan auf den gewaltsamen Sturz der Regierung und der Verfassung und zur Aufrichtung der Diktatur des Proletariats abzielte, sowie, daß die W. K. P. als politische Partei den Putschplan unterstützt hat. Die sieben Festgenommenen, die größtenteils geständig sind, sind nach Svez gesteckt und dem Staatsanwalt des außerordentlichen Gerichts vorgeführt. Das Gericht selbst begibt sich heute nach Coeff.

Die fünf Probejahre der Wiedergutmachung.

Bis vor wenigen Tagen bestanden zwischen Frankreich und England Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung der Wiedergutmachungsfrage. Nach dem Friedensvertrag ist die Gesamtsumme der deutschen Wiedergutmachungsschulden bis zum 1. Mai d. J. festzustellen, d. h. die Alliierten sind verpflichtet, sie festzusetzen, und Deutschland hat ein Recht, sie zu erfahren. Bis in die letzte Zeit hinein vertrat nun die englische Regierung den Standpunkt, daß diese Festsetzung des Vertrages gemäß und die Summe festgesetzt werden müsse. In Frankreich schätzte man jedoch, daß die gemeinsam festgelegte Summe weit hinter den übertriebenen Erwartungen des Volkes zurückbleiben und daß die Enttäuschung politische Krisen hervorrufen könnte. In Deutschland waren die Meinungen geteilt: man stand gemäßigter vor der Frage, ob es besser sei, gelassen oder gebraten zu werden. Es überwiegt jedoch die Meinung, daß die Festsetzung der Gesamtsumme zum 1. Mai vorzuziehen wäre, da man dann doch gewissermaßen wissen würde, woran man sei.

Jetzt hat sich die englische Regierung der Ansicht der französischen angeschlossen, daß die Festsetzung der Gesamtsumme verfrüht und ein fünfjähriges Probeforum vorzuziehen sei. Danach würde die Entente vor dem 1. Mai Deutschland mitteilen, was es in den nächsten fünf Jahren zu zahlen habe, und sie würde sich vorbehalten, die Gesamtsumme später zu fixieren. Das kann sie aber nicht ohne eine Änderung des Vertrags, der die Gesamtfestsetzung zum 1. Mai 1921 vorschreibt, und eine Änderung des Vertrags ist nicht möglich ohne die Zustimmung Deutschlands.

Es ist fraglich, ob sich der neue französische Minister für die breiten Gebiete, Herr Loucheur, über diese Sachlage vollkommen im klaren gewesen ist, als er gleich nach seiner Ernennung einem Mitarbeiter des „Journal“ erklärte, Deutschland werde in den nächsten Jahren zehn Milliarden Franken jährlich bezahlen müssen. Leider erfährt man aus der Unterredung nicht genau, wie Herr Loucheur diese zehn Milliarden jährlich aus Deutschland herausholen will. Er spricht zwar von einer Übernahme der deutschen Verwaltung durch die Entente, aber das sind nur leere Worte — leider, möchte man fast schon sagen. Es wäre ja ein sehr interessantes Experiment, wenn die Entente den Deutschen die in diesen Zeiten sehr schwere Mühe, sich selber zu regieren, abzunehmen würde, und man könnte wirklich gespannt sein, ob es den englischen und französischen Bureaucraten besser gelingen würde, die Dinge in Deutschland in Ordnung zu bringen, als den Deutschen. Das Experiment wird aber kaum jemals gemacht werden, da ein einheitliches Willenssubjekt für eine derartige Fremde Verwaltung fehlt. Frankreich, England, Italien usw. haben in Deutschland jeder ganz andere Interessen, und es gäbe kein besseres Mittel, mit mathematischer Sicherheit einen neuen Weltkrieg herbeizuführen, als die Einrichtung einer solchen ententistischen Zwangsverwaltung über Deutschland, bei der die Verbündeten sich alle fünf Schritte lang in die Haare geraten würden.

Darum spricht ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit dafür, daß aus den zehn Milliarden, die Herr Loucheur aus Deutschland jährlich herausholen will, nichts werden wird, auch für die nächsten fünf Jahre nicht. Die ententistische Zwangsverwaltung könnte sie freilich auch nicht herausholen. Vermutlich wird eine Vereinbarung für fünf Jahre zustande kommen, in der die deutschen Jahresleistungen viel niedriger angesetzt werden. Sollte aber ein solches Abkommen an der Verständnislosigkeit der Gegner scheitern, dann müßte Deutschland gut, auf der Festsetzung der Gesamtsumme zum 1. Mai bestehen zu bleiben.

Auch wenn die Jahresraten der fünfjährigen Probezeit erheblich niedriger angesetzt werden, als Herr Loucheur sie vorschlägt, bleibt die Wiedergutmachung ein Problem, aus dessen Lösung man gelappt sein darf. Deutschland kann nur zahlen, entweder in Gold und ausländischen Geldsorten oder in Waren. Gold und ausländische Geldsorten kann es sich nur durch eine steterhaft gesteigerte freie Ausfuhr verschaffen, durch Unterbietung der Wettbewerber auf dem Weltmarkt, durch eine rücksichtslose Schleuderkonkurrenz, kurz, durch das sogenannte „dumping“, über das man jetzt schon im Ausland klagt, obwohl die Sache noch gar nicht einmal angefangen hat. Oder aber Deutschland bezahlt in Waren, und dann erfolgt die Ueberschwemmung des Weltmarktes, und in diesem Falle zu allererst des französischen Marktes, mit deutschen Waren ganz unmittelbar. Deutschland verkauft dann seine Waren bis zum Betrage der Wiedergutmachungsrate überhaupt nicht mehr, sondern es verschenkt sie sozusagen. Wie die französische Wirtschaft, der doch geholfen werden soll, das aushalten wird, ist mindestens eine ebenso interessante Frage wie die andere, wie Deutschland imstande sein soll, Milliardenströme von Produkten in das Ausland zu leiten, ohne die Kosten der Rohstoffe und die Arbeitslöhne ersetzt zu erhalten.

Die fünf Probejahre werden fünf Jahre des wirtschaftlichen Experimentierens werden. Schon darum, weil kein Mensch voraussagen kann, wie das Experiment ausfallen wird, soll man es nicht gleich zu heftig machen. Wahrscheinlich wird sich ja doch herausstellen, daß der Ententismus die natürlichen Gesetze der Wirtschaft ebensowenig auf den Kopf zu stellen imstande ist, wie der Bolschewismus.

Danziger Nachrichten.

Die Lehren des Buchdruckerstreikes.

Aus Beamtenkreisen geht uns nachdrückende Zuschrift zu. Diese wurde zuerst der 'Danziger Zeitung' zum Abdruck ange-

Gestatten Sie mir, zu diesem Thema einige Ausführungen in

Zu dem Streit, ob dieser Streit angebracht war oder nicht,

Als, Ihr ausständigen Behörden, sorgt für den Preisabbau,

Preisverhältnis der landwirtschaftlichen Produkte.

Das Preisverhältnis der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu

Sprache gebracht, daß die Fleischpreise dieses Verhältnisses ändern und

Die Verfassungänderungen abgelehnt. Wie erwähnt, hatte der

Streik der Elektromonteuze. Der Streik der Elektromonteuze

Versammlung der Reinmachefrauen. Die Reinmachefrauen

Zu Unrecht bezogene Erwerbslosenunterstützung. Der Schuh-

klawieren, daß er und seine Ehefrau einen einträglichen Handel mit

Die Preise von Wohnungsverrichtungen. Lange Zeit schwelten

Die Entwässerungsmühle in Brunau niedergebrannt. In

Aus dem deutschen Osten.

Reichswehr und Kinderpest im Kreis Marienwerder. Wie die

Freestadt. Die Schusspolizei entfaltet eine eifrige Jagd auf

Stiefkinder des Glücks.

Roman von Maria Binden.

(Fortsetzung.)

Die ersten Weichen düsteten schon auf dem frühen Grabe des

„Du erdärmliches Geschöpf, du verkommene Dirne, wie kannst

Frau Baroin, Sie sehen, daß ich Mutter bin, weiter blicken

denn durch Ihre Schuld bin ich Zeit meines Lebens ein Krüppel.

Sie ging hochaufgerichtet aus dem Zimmer.

„Was ist doch höchst wunderbar, daß Ihr alle mit Blindheit

„Wenn die Frau Konrad darauf züngelt, trete ich herzlich gern

„Vertel, Sie dürfen das meiner Mutter nicht so übel nehmen.

Der doppelte Verlust hat sie so erregt, daß sie oft mehr sagt,

„Es braucht dir nich Leid zu tun,“ entgegnete Therese mit einem

„Das will deine gute Mutter für uns tun?“ fragte Therese,

Aus den Gerichtssälen.

Mann ist die Einfuhr eines Wares... Der Arbeiter... (Text continues with details of a legal case involving a worker and a merchant.)

Vorverurteilung durch den Richter... (Text discusses a preliminary judgment by a judge regarding a case.)

Schlichtung und Freundschaft... (Text reports on a mediation and reconciliation between two parties.)

Zur Verhinderung von... (Text mentions measures to prevent certain actions or events.)

Aus der Arbeiterbewegung.

Erster deutscher Arbeitersportkongress.

Der Kongress... (Text provides a detailed report on the first German workers' sports congress, including its goals and participants.)

Kunst und Wissen.

Früh Droops neues Drama: „Der Freispruch“.

Uraufführung am... (Text discusses the premiere of the play 'Der Freispruch' by Früh Droops at the National Theatre in Karlsruhe.)

Mitteln wird gegen sie gearbeitet... (Text discusses the struggle against certain groups or ideologies, mentioning the Communist Party.)

Kommunisten-Dorabo.

Das Dorabo... (Text reports on a meeting or event related to the Communist Party, mentioning a speaker and the audience.)

Am... (Text continues with further details about the Communist Party activities.)

Kleine Nachrichten aus Polen.

Warschau... (Text provides short news items from Poland, including mentions of political events and social conditions.)

Aus aller Welt.

Scharfe Kontrolle der Einreisenden in Sibien... (Text reports on strict border control measures in Siberia.)

Verbot von polnischen Wallfahrten... (Text discusses a ban on Polish pilgrimages.)

Verbot des „Simplicissimus“ für Oberschlesien... (Text reports on a ban on the magazine 'Simplicissimus' in Upper Silesia.)

Verbot der „Kattowitzer Zeitung“... (Text reports on a ban on the 'Kattowitzer Zeitung' newspaper.)

Fernsprechstörungen durch Schneefall... (Text reports on telegraph disruptions caused by snow.)

Die Dresdener Munitionskatastrophe... (Text provides a detailed account of the munition explosion in Dresden, including the scale of the disaster and the impact on the city.)

Sport und Körperpflege.

Freie Turnerschaft... (Text reports on a gymnastics event or competition, mentioning the date and location.)

Über künstlerisches Schauen... (Text discusses the concept of artistic perception and the role of the viewer.)

Ein Gemälde ist ein Stück Natur... (Text discusses the relationship between art and nature, emphasizing the artist's role in capturing natural elements.)

„Mach keine Finkertigkeiten!“

Dieser Ausdruck... (Text discusses the phrase 'Don't do anything like a spinnaker' and its metaphorical meaning in art.)

